

Deutschland steht vor einer Premiere: einer Auktion, die auf keinen Fall zu viel Geld bringen soll. Voraussichtlich ab kommendem Jahr wird die Bundesregierung nicht mehr alle CO₂-Emissionsrechte kostenlos an Kraftwerksbetreiber vergeben, sondern zunächst zehn Prozent davon versteigern. „Normalerweise sind bei einer Versteigerung hohe Einnahmen das Ziel“, sagt Klimaexperte Jürgen Hacker. Bei der Rechteversteigerung aber gehe es nur um ein klares Signal an die Investoren, nicht aber um Höchstpreise.

Zu hohe Auktionserlöse, da sind sich Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, die Opposition und alle Experten einig, wären schädlich. Würden die Preise für die Zertifikate in absurde Höhe getrieben, könnte der Strompreis für ganz Deutschland deutlich steigen. Das wollen weder Politiker noch Stromverbraucher. Und deshalb wurde gestern bei einer Bundstagsanhörung auch darüber nachgedacht, wie Mondpreise bei der Klima-Auktion vermieden werden können.

Die Gefahr höherer Strompreise erklärt sich aus der Rolle der Emissionszertifikate bei der Bildung des Strompreises. Obwohl die Energieunternehmen nahezu alle Emissionsrechte kostenlos vom Staat erhalten, schlagen sie deren Börsenpreis auf den Strompreis auf. Diese Einpreisung ist für den Laien nur schwer verständlich, unter Ökonomen aber unumstritten. „Es gibt ein Interesse, dass der Zertifikatspreis möglichst hoch ist“, sagt Hacker, der den Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz vertritt.

Je höher ab 2008 der Auktionspreis für die zehn Prozent versteigerte Rechte steigt, desto höher fällt der Aufschlag auf den Strompreis aus. Schon heute wird der Gewinn der Energiebranche durch die Ein-

preisung der Emissionsrechte auf mehrere Milliarden Euro jährlich geschätzt. „Wenn man die Versteigerung den großen Unternehmen überlässt, besteht die Gefahr, dass sie den Zertifikatspreis hochjazzen, um insgesamt den Strom verteuern zu können“, erläutert der Grünen-Abgeordnete Reinhard Loske die Besorgnis, die fast alle Fachpolitiker teilen.

Die Frage ist, welches Versteigerungsdesign die künstliche Verteuerung der Zertifikate verhindern kann. „Es könnte sinnvoll sein, die Ersteigerungsmöglichkeiten der großen Energieversorger zu begrenzen“, sagt der FDP-Abgeordnete Michael Kauch. Nach einem solchen Konzept dürfte jeder Marktteilnehmer nur eine bestimmte Menge Rechte ersteigern

und seiner Konkurrenz keine Zertifikate wegkaufen. Experten warnen aber, dass dies über Strohmänner umgangen werden könnte.

Um die Preise nicht in die Höhe zu treiben, wird voraussichtlich auch auf eine Inszenierung der Auktion verzichtet, die Spannung und Unsicherheit in die Höhe treibt. „Die Versteigerung sollte nicht zu einem Zeitpunkt stattfinden, sondern auf mehrere regelmäßige Termine verteilt werden“, sagt Felix Matthes vom Öko-Institut. Außerdem sollte wie in den USA jedes einzelne Gebot mit Namensnennung im Internet veröffentlicht werden. „Dann hören Manipulationen schnell auf“, sagt Matthes.

Politik will CO₂-Preis deckeln

Experten suchen das richtige Maß bei Versteigerung von Klimazertifikaten



WWW.FTD.DE/DEBATTE/70

Ist das Klima noch zu retten?